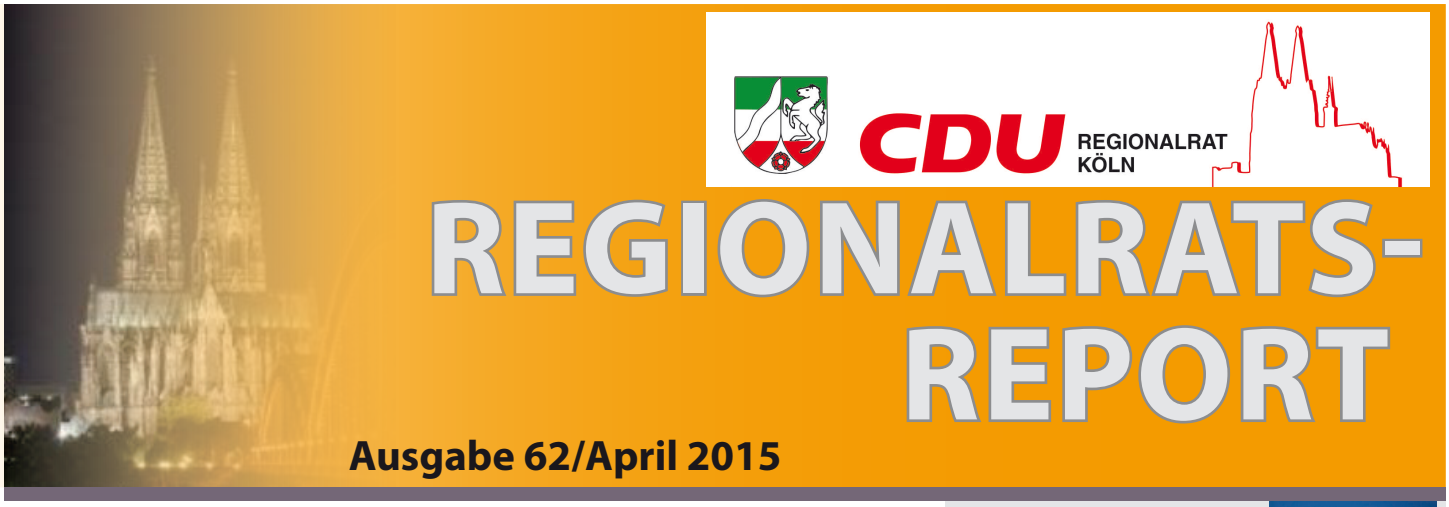

CDU REGIONALRAT KÖLN

REGIONALRATS-REPORT

Ausgabe 62/April 2015

Klausurtagung zur Regionalplanneuaufstellung

CDU und SPD einig in wichtigen Fragen

In Nordrhein-Westfalen ist nahezu jeder Zentimeter Fläche „verplant" und einer bestimmten Nutzung in den Regional- und Flächennutzungsplänen zugeführt. Der Regionalplan unterscheidet dabei u.a. zwischen Bereichen für Gewerbe, Wohnen, Rohstoffabbau, landwirtschaftliche Nutzung und Freiraum/Erholung. Der aktuell geltende Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln ist mitunter 13 Jahre alt. Zwischenzeitlich haben sich viele ökonomische, demographische und gesetzliche Rahmenbedingungen geändert, so dass eine Neuaufstellung des Regionalplan jetzt notwendig wird.

Der Regierungsbezirk Köln stellt sich mit seinen ländlich geprägten Kreisen und den großen Städten wie Köln, Bonn und Aachen sehr heterogen dar. So steht der neue Regionalplan vor der Herausforderung, gleichzeitig Wachstum und Schrumpfung zu steuern. Hier für einen möglichst konsensualen Interessensausgleich zu sorgen, wird am Ende Aufgabe des Regionalrates Köln sein. Die Interessen und Bedarfe der Kommunen müssen im Dialog mit den Vorgaben des neuen Landesentwicklungsplans möglichst in Einklang gebracht werden.

Die Landräte und (Ober-)bürgermeister werden neben einigen Parteilosen größtenteils von der CDU oder SPD gestellt. Dies haben die Fraktionen von CDU und SPD zum Anlass genommen, wichtige Fragestellungen zum Thema Reginalplanneuaufstellung zu erörtern. Dazu der CDU-Fraktionsvorsitzende **Stefan Götz**: „Wir sind uns etwa einig, dass wir neben den wachsenden Ballungsräumen entlang der Rheinschiene oder im Aachener Raum weiterhin auch im ländlichen Raum die Grundlage für Entwicklung schaffen müssen. Gerade Regionen, die seit Jahrzehnten von Braunkohletagebauen flächentechnisch betroffen sind, brauchen eine solide Entwicklungsperspektive."

Neben Konzentrationszonen für Windenergie, die im neuen Regionalplan festzulegen sind, beschäftigten sich die Fraktionen mit Experten aus den Bereichen Wohnungswirtschaft, Tourismus, Wirtschaft sowie wissenschaftlichen Trends in der Regionalplanung. Hier wurde eine gute Grundlage für das weitere Verfahren und die anstehenden Gespärche mit den Kommunen gelegt.

Fraktionsmitglieder von CDU und SPD bei der gemeinsamen Tagung

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

vor gut einem Jahr wurde der Formatierungsprozess hin zu einer Metropolregion Rheinland durch die Regierungspräsidentinnen aus Köln und Düsseldorf angestoßen. Viel Greifbares ist seitdem nicht entstanden. In vier themenbezogenen Arbeitsgruppen wurde über mögliche Themenfelder und Aufgaben einer Metropolregion Rheinland debattiert. Die Ergebnisse sind überschaubar. Seit kurzem gibt es den Entwurf einer Satzung, aus der hervorgeht, dass die Metropolregion ein Verein werden soll, in dem u.a. die Gebietskörperschaften und Wirtschaftskammern Mitglied sind. Eine politische Begleitung oder gar Entscheidungskompetenz ist nicht vorgesehen. Die Vorsitzenden der Regionalräte Köln und Düsseldorf sollen lediglich einen Gaststatus erhalten. Das sollte aufhorchen lassen.

Im Vergleich dazu verfügt die Metrpolregion Ruhr mit dem Regionalverband und dem Ruhrparlament über eine politisch legitimierte regionale Klammer mit eigene Verwaltung, innerhalb derer Entscheidungen getroffen werden. Dies bietet ein Verein nicht, geschweige denn verfügt er konstitutionell über starke Instrumente, die die Region insgesamt voranbringen. Möchte man im Rheinland mit einer Metropolregion auf Augenhöhe agieren, kann eine Vereinsgründung nur der erste Schritt sein. Am Ende wird entscheident sein, ob sich die Menschen mit einer Metropolregion Rheinland identifizieren und diese als solche annehmen. Voraussetzung dafür ist schlussendlich ein positiver und messbarer Effekt. Ob dieser mit der aktuell vorgesehenen Struktur erzielt werden kann, darf bezweifelt werden. Zu wünschen wäre es der Metropolregion.

Mit freundlichen Grüßen,

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

Bundesverkehrswegeplan: Regionalrat verabschiedet einstimmig Stellungnahme

Starkes Signal aus dem Rheinland Richtung Berlin

Bundesverkehrsminister Dobrindt hat am 16. März nach drei Jahren der Prüfung und Bewertung den Referentenentwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP) vorgestellt. Nordrhein-Westfalen und insbesondere der Regierungsbezirk Köln profitieren überraschend stark. Dazu der CDU-Fraktionsvorsitzende **Stefan Götz**: „Der Regionalrat Köln hat Ende 2012 mit seinen Maßnahmenanmeldungen den enormen Bedarf in unserer Region sowohl für den Bereich Straße als auch für den Bereich Schiene deutlich gemacht. Wie prekär die Situation teils ist, hat vor allem nochmal das Thema Leverkusener Rheinbrücke mit allen Konsequenzen für das Umland gezeigt. Es ist positiv, dass das Bundesverkehrsministerium dem nun Rechnung trägt und wichtige Verkehrsprojekte zumindest im Bereich Straße jetzt angepackt werden können."

Der Regionalrat Köln hat auf seiner Sitzung der Verkehrskommission am 15. April im Rahmen des Konsultationsverfahrens eine Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf des Bundesverkehrswegeplan 2030 einstimmig bei zwei Enthaltungen abgegeben.

Dazu **Rainer Deppe MdL**, Vorsitzender des Regionalrates Köln: „Insbesondere das Rheinland als wirtschaftsstärkste Region Nordrhein-Westfalens ist auf intakte Verkehrswege angewiesen. Ich bin froh, dass der Regionalrat mit seiner Stellungnahme zum Bundesverkehrswegeplan geschlossen ein starkes Signal in Richtung Bundesverkehrsministerium gesendet hat. Dies ist hinsichtlich traditionell konfliktträchtiger Fragestellungen bei Verkehrsprojekten nicht selbstverständlich. Wenn auch der Entwurf von Bundesverkehrsminister Dobrindt das Rheinland insgesamt gut berücksichtigt hat, legen wir besonderen Wert darauf, dass folgende Projekte bei der Planung und Realisierung prioritär verfolgt werden; dazu gehören vorrangig die Ertüchtigung und der Ausbau des Bahnknoten Kölns sowie eine zusätzliche Autobahn- und Eisenbahnbrücke über den Rhein zwischen Wesseling und Niederkassel. Dazu halten wir an unserer Forderung aus 2012 fest, den Rhein bis zur Landesgrenze bei Bonn auf 2,80m zu vertiefen. Des Weiteren halten wir den Bau eines dritten Gleises zwischen Düren und Aachen in Anbetracht der Bedeutung der ZARA-Häfen hinsichtlich des vermehrten Güteraufkommens für notwendig."

Stefan Götz ergänzt: „Der Bund hat eine gute Grundlage für wichtige Infrastrukturprojekte geliefert. Jetzt liegt es bei der Landesregierung, die entsprechenden im Entwurf berücksichtigten Projekte mit konkreten Planungen zu hinterlegen, damit auch gebaut und das zur Verfügung gestellte Geld genutzt werden kann."

Die CDU-Landtagsfraktion hat unterdessen mit einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, einen Masterplan, der eine Priorisierung der Projekte und einen konkreten Zeitplan für ihre Umsetzung beinhaltet, schnellstmöglich vorzulegen.

Das Konsultationsverfahren zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplans läuft noch bis zum 02. Mai. Voraussichtlich nach der Sommerpause wird der Verkehrsausschuss des Bundestages den endgültigen Plan beschließen.

Der Bundesverkehrswegeplan gilt für den Planungshorizont von 2016 bis 2030 und umfasst sowohl anfallende Erhaltungs- bzw. Ersatzinvestitionen als auch Aus- und Neubauprojekte auf den Verkehrsnetzen der Straße, Schiene und Wasserstraße in der Zuständigkeit des Bundes.

Die blaue Plakette könnte zu neuen Umweltzonen im Rheinland führen

CDU fordert Alternativen statt neue Fahrverbote!

Plant die Landesregierung neue Fahrverbote? Will sie eine neue, diesmal blaue Plakette einführen? Gibt es zukünftig zusätzlich zu den Feinstaubzonen auch noch Stickoxidzonen? Auch nach einer heftigen Plenardebatte blieben die Fragen von der Landesregierung letztlich unbeantwortet. Minister Remmel verteidigte jedenfalls vehement die Pläne der Umweltminister, eine blaue Plakette für alle Fahrzeuge mit Euro 6-Norm einzuführen. In der Folge sollen die Kommunen im Zweifel angewiesen werden, zur Reduzierung von Stickoxid-Emission im Straßenverkehr neue, sogenannte blaue Umweltzonen festzusetzen. Der Städte- und Gemeindebund hat sich schon klar gegen diese neue Regulierung gewandt.

In der letzten Plenardebatte konnte ich für die CDU-Landtagsfraktion sehr deutlich klarstellen, dass wir an der Seite der Dieselfahrer stehen, die ein verbrauchs- und emissionsarmes Fahrzeug gekauft haben und damit auch einen Umweltbeitrag geleistet haben. Deutschlandweit 13 Mio. Dieselfahrern und voraussichtlich auch 3 Mio. Besitzern älterer Benziner die Einfahrt in die Innenstädte zu verwehren, träfe wieder einmal unsere Pendler, Handwerker, Kleinunternehmer und Logistikunternehmen, die für die Erbringung unserer nordrhein-westfälischen Wirtschaftsleistung elementar wichtig sind.

Im Regierungsbezirk Köln wären von den strengen blauen Umweltzonen voraussichtlich die Großstädte Köln, Bonn und Aachen betroffen. Grenzwertüberschreitungen gab es allerdings auch in den Städten Düren, Hürth und Overath. Insbesondere an verkehrsbelasteten innerörtlichen Straßen wurde hier der EU-Grenzwert von 40 µg/m3 überschritten – insgesamt an 16 von 27 Messstationen. Die Gefahr ist also durchaus real. Im Interesse der Klimaschutzziele wäre es allerdings kontraproduktiv, vom aktuell immer noch sparsameren Dieselantrieb abzurücken. Denn im Schnitt emittieren aktuelle Dieselfahrzeuge circa 10 % weniger CO2 als vergleichbare Benziner. Zudem gehen die Stickstoffdioxidbelastungen im Jahresmittel von 1989 bis heute um mehr als ein Drittel zurück. Der unsägliche Betrug, der mit der VW-Abgasaffäre ans Tageslicht kam, war leider für diejenigen, die sowieso das Auto zum Feindbild erklärt haben, ein willkommener Anlass, die Diesel-Fahrer pauschal zum Sündenbock zu erklären. Unstrittig ist für alle Fraktionen, dass die Zahl der Emissionsüberschreitungen sinken muss. Allerdings setzt die CDU-Landtagsfraktion im Gegensatz zu Rot-Grün bei den Neufahrzeugen an. Die Technik steht längst zur Verfügung und gehört in jedes Diesel-Neufahrzeug.

So soll die neue blaue Plakete aussehen

Stickstoffdioxid-Grenzwertüberschreitungen im Regierungsbezirk Köln in 2014

Grenzwert im Jahresmittel: 40 µg/m³

Ort	Messstationen	Überschreitungen
Aachen	3	2
Bonn	3	2
Düren	1	1
Hürth	2	1
Köln	14	9
Leverkusen	1	0
Jackerath	1	0
Overath	1	1
Simmerath	1	0
	27	16

Es macht zudem keinen Sinn, die eine Emission gegen die andere auszuspielen. Sowohl die Emissionen an Kohlendioxid, Schwefeldioxid und Feinstaub als auch an Stickoxid müssen reduziert werden. Dieses ganzheitliche Ziel werden wir jedoch nicht mit Nachrüstungen von Altfahrzeugen erreichen, sondern nur durch mehr emissionsarme Neufahrzeuge auf unseren Straßen. Dies muss aber für die Verbraucher auch leistbar sein. Daher setzen wir statt neuer, pauschaler Verbote auf steuerliche Anreize zur Modernisierung des Fahrzeugbestandes.

Wer zudem schädliche Emissionen durch den Individualverkehr verhindern möchte, der schafft Anreize, dass diese Verkehre erst gar nicht entstehen. Der Regionalrat hat in dieser Hinsicht mit den vorgeschlagenen Maßnahmen für den ÖPNV-Bedarfsplan die richtigen Weichenstellungen gesetzt. Wie ernst es der Landesregierung bei der konkreten Umsetzung erfolgversprechender Maßnahmen wirklich ist, wird spätestens dann messbar, wenn die Landesregierung mitteilt, wie viele Maßnahmen aus dem ÖPNV-Bedarfsplan im Regierungsbezirk wirklich umgesetzt werden.

Rainer Deppe
Umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion
Vorsitzender des Regionalrates Köln

KPV Mittelrhein: Schwerpunktthema zukünftig die Bildung der Metropolregion Rheinland

Stefan Götz als Vorsitzender einstimmig wiedergewählt

Bei den turnusmäßigen Vorstandswahlen der KPV Mittelrhein wurde Stefan Götz einstimmig erneut zum Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind Hans-Peter Haupt (Rhein-Erft-Kreis), Ingo Hellwig (Rhein-Sieg-Kreis), Anne Henk-Hollstein (Köln), Andreas Klepke (Bonn) und Rüdiger Scholz (Leverkusen).

Die KPV hat die Aufgabe, die Grundsätze und Ziele der CDU in der Kommunalpolitik zu vertreten und zu verwirklichen. Die KPV vertritt alle der CDU angehörenden Mitglieder der Vertretungskörperschaften von Städten, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Landkreisen, Einrichtungen der kommunalen Gemeinschaftsarbeit und von sonstigen kommunalen Gebietskörperschaften. Grundlegende Ziele hierbei sind die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung als wichtige verfassungsrechtliche Garantie sowie – damit eng verbunden – die Sicherung der kommunalen Finanzautonomie.

Die KPV Mittelrhein will sich neben dem Erfahrungsaustausch zwischen den Vertretern aus den Kreisen und Städten zukünftig insbesondere mit dem Thema der Bildung der Metropolregion Rheinland beschäftigen. Regionales Denken und Handeln ist mehr denn je erforderlich, wenn wir die Entwicklungschancen für die Zukunft nicht verschlafen wollen. Das Rheinland ist eine wachsende Region und kann nur als Region im Konzert der europäischen Regionen schlagkräftig agieren.

Stefan Götz wurde einstimmig zum Vorsitzender der KPV Mittelrhein bestätigt

Bei der jüngsten Vollversammlung der Metropolregion am 11. April in Düsseldorf lag erstmals der Entwurf einer Satzung vor. So soll sich die Metropolregion Rheinland als Verein Gründen und durch geeignete Maßnahmen die Zusammenarbeit der kommunalen Gebietskörperschaften und Wirtschaftskammern im Rheinland auf politischer, wirtschaftlicher und der Ebene der Verwaltung zu intensivieren, hinzu einer Metropolregion von europäischer Bedeutung. Damit einhergehend soll der Wirtschaft- und Wohnortstandort attraktiver und die Wahrnehmung nach innen und außen gestärkt werden. Nach der Sommerpause soll es auf Basis der Satzung und einiger Änderungsvorschläge zur Vereinsgründung kommen.

Termine

20. Mai 2016
Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen

18.-19. Juni 2016
Klausurtagung

01. Juli 2016
Regionalratssitzung

IMPRESSUM

Vorsitzender:
Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

1. stellv. Vorsitzende:
Brigitte Donie
Rhein-Sieg-Kreis

2. stellv. Vorsitzender:
Franz-Michael-Jansen
Kreis Heinsberg

Vorsitzender des Regionalrats:
Rainer Deppe, MdL
Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:
Paul Hebbel
Stadt Leverkusen
(Vorsitzender der Verkehrskommission)

Fraktionsgeschäftsstelle:
Sebastian Knauff
Fraktionsgeschäftsführer
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46
Fax: 02 21 / 139 54 51

E- Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de